

LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

17. Wahlperiode

**Ausschuss für Gesellschaft, Integration und
Verbraucherschutz**

4. Sitzung am 22.09.2016
– Öffentliche Sitzung –

Beschlussprotokoll

Beginn der Sitzung: 10:00 Uhr

Ende der Sitzung: 11:31 Uhr

1. **Vor Eintritt** in die Tagesordnung:

Der Ausschuss kommt überein, **Punkt 4** der Tagesordnung

**Alters- und Geschlechterstruktur der Flüchtlinge
in Rheinland-Pfalz**

Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT
Fraktion der FDP
– Vorlage 17/286 –

gemäß § 76 Abs. 2 Satz 3 Vorl. GOLT mit Einverständnis der Antragstellenden und der Landesregierung mit der Maßgabe für erledigt zu erklären, dass die Landesregierung dem Ausschuss schriftlich berichtet.

2. **Punkt 1** der Tagesordnung:

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2015

Bericht (Unterrichtung)
Landesregierung
– Drucksache 17/466 –

dazu: Vorlage 17/270

Der Ausschuss nimmt von der Unterrichtung – Drucksache 17/466 – Kenntnis (siehe hierzu die als Anlage beigefügte Vorlage 17/336).

3. **Punkt 2** der Tagesordnung:

Veröffentlichung der Rechtsgutachten der Landesregierung im Zusammenhang mit den Vertragsverhandlungen mit den muslimischen Verbänden in Rheinland-Pfalz

Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT
Fraktion der CDU
– Vorlage 17/277 –

An die Begründung durch Frau Abg. Huth-Haage schließt sich eine Aussprache an.

Herr Vors. Abg. Hartloff weist auf die Möglichkeit der vertraulichen Einsichtnahme in die Gutachten hin, welche seitens der Landtagsverwaltung geschaffen werden soll.

Auf Bitten von Frau Abg. Huth-Haage sollen die Mitglieder des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur ebenfalls die Möglichkeit der Einsichtnahme erhalten.

Auf Bitten von Herrn Abg. Kessel wird die Staatskanzlei gebeten, Gründe für die Vertraulichkeit der Gutachten zu nennen.

Auf Anregung von Herrn Vors. Abg. Hartloff wird die Staatskanzlei gebeten, weitere Informationen zu der Einsichtnahmemöglichkeit in vertrauliche Gutachten zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag – Vorlage 17/277 – hat damit seine Erledigung gefunden.

4. **Punkt 3** der Tagesordnung:

Adoptionen in Rheinland-Pfalz

Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT

Fraktion der CDU

– Vorlage 17/278 –

An den Bericht von Frau Staatsministerin Spiegel schließt sich eine Aussprache an.

Auf Bitten von Frau Abg. Huth-Haage sagt Frau Staatsministerin Spiegel zu, dem Ausschuss ihren Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag – Vorlage 17/278 – hat damit seine Erledigung gefunden.

5. **Punkt 5** der Tagesordnung:

Verfahren wegen Verdachts der Kindeswohlgefährdung in Rheinland-Pfalz

Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT

Fraktion der SPD

– Vorlage 17/289 –

An die Begründung durch Herrn Abg. Ruland schließt sich ein Bericht von Frau Staatsministerin Spiegel und eine Aussprache an.

Der Antrag – Vorlage 17/289 – hat damit seine Erledigung gefunden.

6. **Punkt 6** der Tagesordnung:

Beteiligungswerkstätten in stationären Einrichtungen der Jugendhilfe

Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Vorlage 17/293 –

An den Bericht von Frau Staatsministerin Spiegel schließt sich eine Aussprache an.

Der Antrag – Vorlage 17/293 – hat damit seine Erledigung gefunden.

7. **Punkt 7** der Tagesordnung:

Wohnraumsituation von Familien mit Kindern in Rheinland-Pfalz

Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT

Fraktion der AfD

– Vorlage 17/294 –

An den Bericht von Herrn Kühn (Referent im Ministerium der Finanzen) schließt sich eine Aussprache an.

Auf Bitten von Frau Abg. Demuth sagt Herr Kühn zu, dem Ausschuss Angaben darüber zur Verfügung zu stellen, welcher Betrag der vom Bund in den letzten Jahren für Wohnungsbauförderung zur Verfügung gestellten Mittel auf Rheinland-Pfalz entfallen ist, welcher Betrag

**4. Sitzung des Ausschusses für Gesellschaft, Integration und Verbraucherschutz am 22.09.2016
– Öffentliche Sitzung –**

davon in die soziale Wohnraumförderung investiert wurde und wofür die restlichen Mittel verwandt wurden.

Des Weiteren sagt er auf Bitten von Herrn Abg. Frisch zu, dem Ausschuss seinen Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag – Vorlage 17/294 – hat damit seine Erledigung gefunden.

8. Punkt 8 der Tagesordnung:

Situation der Geburtshilfe in Rheinland-Pfalz

Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT

Fraktion der AfD

Vorlage 17/295 –

An den Bericht von Frau Dr. Heinemann (Abteilungsleiterin im Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie) schließt sich eine Aussprache an.

Auf Bitten von Herrn Vors. Abg. Hartloff sagt Frau Dr. Heinemann zu, dem Ausschuss ihren Sprechvermerk einschließlich der Nennung der geschlossenen Geburtshilfestationen zur Verfügung zu stellen.

Des Weiteren sagt sie auf Bitten von Frau Abg. Huth-Haage zu, soweit vorhanden Angaben über die Entwicklung der Zahl der Geburtshäuser in Rheinland-Pfalz und auf Bitten von Herrn Abg. Herber soweit vorhanden Zahlen über die von den Krankenhäusern übernommenen Haftpflichtprämien für Hebammen, die Entwicklung der Zahlen der Beleghebammen und der Hausgeburten anbietenden Hebammen zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag – Vorlage 17/295 – hat damit seine Erledigung gefunden.

gez. Belz
Protokollführerin

Anlagen

In der Anwesenheitsliste eingetragene Abgeordnete:

Hartloff, Jochen	SPD
Köbberling, Dr. Anna	SPD
Rauschkolb, Jaqueline	SPD
Ruland, Marc	SPD
Simon, Anke	SPD

Demuth, Ellen	CDU
Herber, Dirk	CDU
Huth-Haage, Simone	CDU
Kessel, Adolf	CDU

Frisch, Michael	AfD
-----------------	-----

Willius-Senzer, Cornelia	FDP
--------------------------	-----

Köbler, Daniel	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
----------------	-----------------------

Für die Landesregierung:

Spiegel, Anne	Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz
---------------	---

Landtagsverwaltung:

Cramer, Thorsten	Regierungsamtmann
Belz, Angela	Mitarbeiterin der Landtagsverwaltung (Protokollführerin)

Landtag Rheinland-Pfalz
17. Wahlperiode

Vorlage 17/336
Ausschuss für Gesellschaft,
Integration und Verbraucherschutz
22. September 2016

An die Mitglieder

des Haushalts- und Finanzausschusses

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2015
Unterrichtung durch die Landesregierung
- Drucksache 17/466 -

dazu: Vorlage 17/270

Der Ausschuss für Gesellschaft, Integration und Verbraucherschutz hat in seiner 4. Sitzung am 22. September 2016 von dem Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2015 - Drucksache 17/466 - Kenntnis genommen.

Der Vorsitzende